

Antrag für ein Wiener Transparenzgesetz

Wien nimmt mit seinem *open governance Ansatz* eine Vorreiterrolle ein, wenn es darum geht, Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen und Diskussionen in der Stadtpolitik teilhaben zu lassen und in einen demokratischen Dialog zu treten. Die Transparenz der Verwaltung wird gesteigert. Die Bürgerinnen und Bürger werden als mündige Partnerinnen und Partner anerkannt, da sie selbst das Datenmaterial der Verwaltung interpretieren und weiterverarbeiten können. Diese Sichtbarkeit der Politik erhöht das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie. Ein Vertrauen, das andernorts durch dreistes Lobbying, Korruption und verbrecherische Seilschaften im letzten Jahrzehnt drastisch beschädigt wurde. Dieser Vertrauensverlust in Staat und Politik untergräbt die Funktionsfähigkeit der Demokratie.

Es fehlt in Österreich offenbar an adäquaten Regeln im Sinne eines transparenten Umgangs sowohl mit öffentlichen Ausgaben im Allgemeinen, als auch mit Finanzierung von Parteien und der Offenlegung finanzieller Interessen politischer Akteurinnen und Akteure. Hätte die Bevölkerung die Möglichkeit die Entscheidungsgrundlagen und die finanziellen Zusammenhänge nachzuvollziehen, würde sich der Spielraum für Korruption deutlich vermindern. Durch einen solchen transparenten Umgang mit öffentlichen Geldern könnten sich Bürgerinnen und Bürger selbst ein Bild machen und wären somit weniger anfällig für falsche Unterstellungen, die alle PolitikerInnen und BeamtlInnen über einen Kamm scheren. Von transparenten Regelungen profitieren schließlich alle, die jeden Tag gute Arbeit für die öffentliche Sache leisten.

Durch den Ausbau der Möglichkeit der Einsichtnahme in die Arbeit der Politik und Verwaltung wird die geleistete Arbeit für die Bevölkerung nachvollziehbarer. Insgesamt kann durch diese Maßnahmen das Vertrauen der BürgerInnen in Politik und Staat wiedergewonnen werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde mit der Mitgliedschaft bei "Transparency International", die einstimmig im Dezember 2011 im Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, bereits getan. Die gesetzlich garantierte Schaffung von Transparenz in Politik und Verwaltung wäre ein weiteres starkes Signal der Politik an die Bevölkerung.

Daher beschließt die Bezirkskonferenz der SPÖ Alsergrund, sich für ein Wiener Transparenzgesetz auszusprechen, das aus folgenden Eckpunkten besteht:

1. Die Einführung eines **Verhaltenskodex für FunktionsträgerInnen** (Regierungsmitglieder, MandatarInnen, Leitende BeamtlInnen, Organe öffentlicher sowie ausgegliederter/beliehener Unternehmen, etc.) samt Deklaration der finanziellen Interessen (insb. entgeltliche und unentgeltliche Nebentätigkeiten sowie Firmen und Immobilienbeteiligungen) die online veröffentlicht werden.
2. Offenlegung sämtlicher **Parteien- und Wahlkampffinanzierung**. Diese sollen online für jede Bürgerin und jeden Bürger einsehbar sein.
3. "Für Bürger/innen nachvollziehbare **Offenlegung der öffentlichen Ausgaben** der Stadt Wien, insbesondere die Vergaben und Förderungen/Subventionen (individuelle Sozialleistungen ausgenommen) Die einzelnen Ausgaben sollen online für jede Bürgerin und jede Bürger einsehbar sein."

Bei allen Forderungspunkten ist die Einhaltung des individuellen Datenschutzes zu gewährleisten. Dieser Antrag wird an den Landesparteitag der SPÖ Wien weitergeleitet.